

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

259 (6.11.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.80 M., durch unsere Träger zugestellt 1.70 M., am Postkänter 1.75 M., durch den Postboten zugestellt 1.90 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag. Ausgabe: Montag mittags; Freitag abends. Fernspr.: 25-151 und 2-148 abends. Fernspr.: 25-151 und 2-148 abends. Fernspr.: 25-151 und 2-148 abends. Fernspr.: 25-151 und 2-148 abends. Fernspr.: 25-151 und 2-148 abends.

Gegen den Wahnsinn der politischen Streiks.

Ein Aufruf an das deutsche Volk!

W.B. Berlin, 6. Nov. Die Reichsregierung und die Preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: **Vollsgenossen! Ein vernichtender Streik soll gegen Euch geführt werden.** Wir hatten dem Lande das schwere Opfer der zeitweiligen Einstellung des gesamten Personenverkehrs auferlegen müssen, um im letzten Augenblick Kartoffeln und Kohlen in die Städte zu bringen. Diese für zehntausende von Existenzen außerordentlich harte Anordnung mußte getroffen werden, um das Gepeiniß des Hungers, der Kälte und der Arbeitslosigkeit fernzuhalten. Sie kann nur zum Erfolg führen, wenn alle Kräfte angepannt werden, um die freiverwendbaren Transportmittel auch wirklich bis zum letzten auszunutzen.

Um diesen Erfolg soll das deutsche Volk betrogen werden. Gerade jetzt wird zum politischen Generalstreik aufgerufen. Ein Aufschlag auf Leben und Gesundheit wird damit getrieben, in seinen Folgen so verhängnisvoll, daß die gesamte Bevölkerung ihm in einheitlicher Front entgegensteht. Der Kampf der Metallarbeiter ist, soweit er nicht wirtschaftlicher Kampf war, durch Verhandlungen so gut wie ganz standlos geworden. Trotz allem soll weitergekämpft werden, so diktiert es eine zum äußersten bereite Minderheit, an ihrer Spitze die von den Kapitalisten beherzten Fünfzehnerkommission und der unabhängigen kommunistischen Kampfbund. Sie sprechen offen von dem „nun politisch gewordenen Kampf“.

Das deutsche Volk will Frieden, Ruhe, Ordnung und Brot. Es weiß, daß die Arbeit dieser Tage seinen Ausschub bildet und es wird sich in seiner überwiegenen Mehrheit gegen die Elemente wenden, die es noch tiefer ins Unglück stürzen.

Wir sind verantwortlich für das Leben und die Gesundheit von 60 Millionen Deutschen. Wir werden sie mit Aufbietung aller Kräfte schützen.

Vollsgenossen! Steht uns in diesen schweren Tagen zur Seite! Es geht um Euch und Eure Frauen und Kinder!
Berlin, den 5. November 1919.

Die Reichsregierung:

Bauer, Schiffer, Dr. Bell, Dr. David, Erzberger, Dr. Gessler, Giesberts, Koch, Dr. Wagner, Müller, Koste, Schmidt, Schlöde.

Die Preussische Regierung:

Eirch, Bauer, Fischel, Gänisch, Celer, Heine, Stegerwald, Am Schöpp, Sidelman.

Gegen den Generalstreik.

W.B. Berlin, 5. Nov. Heute nachmittag nahm eine Versammlung der gesamten Funktionäre der sozialdemokratischen und demokratischen Fraktionen zu dem am heutigen Tage in der „Freiheit“ veröffentlichten Aufruf zum Generalstreik Stellung. In der Versammlung kam einhellig zum Ausdruck, daß man den Unterzeichnern dieses Aufrufs das Recht abspreche, im Namen der Berliner Arbeiter zu sprechen und zu handeln. Zum Metallarbeiterstreik erklärte die Versammlung, daß sich die vorliegenden Streitpunkte bei geeignetem und klugem Vorgehen der Streikleitung leicht in einer für die Arbeiterschaft betriebenen Weise erledigen lassen. In einer von der Versammlung einstimmig beschlossenen Resolution heißt es: Die im Metallarbeiterstreik noch vorliegenden Differenzpunkte können für die Arbeiter und Angestellten der Großbetriebe keine Veranlassung bieten, in den Generalstreik einzutreten.

Die Arbeiterschaft Großberlins hat nunmehr Anlaß, sich mit aller Entschiedenheit gegen die gewissenlose Generalstreikhebe derer zu wenden, die durch sie die Niederlage der unfähigen Streikleitung verbergen wollen und der Generalstreik nach dem heutigen Aufruf in der „Freiheit“ ausdrücklich als politischer Kampf bezeichnet wird. Die Versammlung fordert die Arbeiterstreik auf, der Generalstreiksparte unwantwortsicher Helfer nicht zu folgen, sondern sich entschlossen hinter die beruflichen Körperschaften, Gewerkschaftsbund und Parteiborstände, zu stellen und lediglich nach deren Parole zu handeln.

Vom Berliner Metallarbeiterstreik.

Berlin, 6. Nov. Der „A. Z.“ zufolge stimmen alle Berichte darin überein, daß die Generalstreikparole des roten Vollzugsrats nur geringe Erfolgschancen findet. Die Sozialdemokratie ist gegen den Generalstreik. Auch der Gewerkschaftsausschuß hat gestern abgelehnt, dem Generalstreik zuzustimmen. Der rote Vollzugsrat hat davon aber in seiner Versammlung nichts mitgeteilt. Die Zahl der Arbeitswilligen in den großen Stabissements der Metallindustrie nimmt zu. In den Siemenswerken arbeiten 6700 Mann. Auch die Angestelltenverbände haben es abgelehnt, sich an dem Streik zu beteiligen und die Angestellten der Metallindustrie aufgefordert, unbedingt in den Betrieben zu verbleiben.

Der „Vorwärts“ enthält eine Erklärung des Vorstandes der Bezirksorganisation Groß-Berlins der S. P. D., die u. a. folgendes besagt: Der Beschluß der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes betr. Erklärung des Gene-

ralstreiks wurde damit begründet, daß die Metallindustriellen die Rechte der Arbeiterräte und Arbeiterausschüsse beseitigen wollen. Diese Darstellung ist irreführend. In einer Versammlung der Parteiführung der Demokraten, U. S. P. D., S. P. D. und der Vorsitzenden der beiden Vollzugsräte Groß-Berlins sei vereinbart worden, daß die Rechte der Arbeitervertretungen nach Aufnahme der Arbeit gesichert werden sollten. Die Frage der Arbeiterräte sollte durch den Streik bzw. seine Beilegung nicht berührt werden. Ueber die materiellen Streitfragen war, wie der Aufruf weiter besagt, schon vorher eine Einigung mit den Unternehmern erzielt worden. Es fehlte also in Wirklichkeit jedes Kampfojekt. Wir lehnen jede Einmischung in den in der Metallindustrie ausgebrochenen Streik ab, müssen uns aber gegen jede Ausdehnung des Kampfes auf die lebenswichtigen Betriebe, sowie auf die übrigen Zweige unserer ohnedies schwer zerrütteten wirtschaftlichen Lage wenden.

Transportarbeiterstreik in Mainz.

St. Mainz. Der Transportarbeiterstreik legte im Mainzer Gebiet auf sämtlichen Güterbahnhöfen und in den Rheinbergen den Entladeverkehr außer für Kartoffeln und Gemüse völlig lahm.

5 Milliarden Prämienanleihe.

Berlin, 6. Nov. Aufgrund des Gesetzes der Verfassunggebenden Nationalversammlung ist der Reichsfinanzminister ermächtigt worden, eine deutsche Sparprämienanleihe im Betrage von fünf Milliarden Mark aufzutun. Der Reichsfinanzminister hat dementsprechend angeordnet, daß die Anleihe von Montag, den 10. November, bis Mittwoch, den 26. Nov., mittags 1 Uhr, aufgelegt wird und daß Zeichnungen durch Vermittlung jeder Bank des Bankiers, jeder Sparkasse und jeder Kreditgenossenschaft erfolgen können.

Von den deutschen Truppen im Baltikum.

London, 6. Nov. Unterhaus. In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte Churchill, das verfügbare Gemeisematerial zeige, daß die Stärke der deutschen Streitkräfte in den baltischen Staaten etwa 35 000 Mann betrage, von denen 15 000 Mann anscheinend gewillt seien, nach Deutschland zurückzuführen. Die übrigen 20 000 Mann seien den deutschfreundlichen Truppen unter Vermond beigetreten, dem Judenisch die Anerkennung verweigerte und in acht erklärte.

Novus, 6. Nov. Am 31. Oktober sind etwa tausend Mann deutsche Truppen bei Turrogan in Litauen einmarschiert. Die Berichte, die Truppen zur Rückkehr nach Deutschland zu bewegen, sind bis jetzt erfolglos geblieben.

Vom amerikanischen Vergarbeiterstreik.

Washington, 6. Nov. In offiziellen Kreisen glaubt man, daß sich der Streik der Vergleute seinem Ende nähert, obwohl das Gerücht durch keine neueingetretene Katastrophe bestätigt wird. Es wird alles zur Wiederaufnahme der Arbeit bereitgestellt. Im Staate Chicago ist der Ausstand allgemein und dauert in 15 Vergarwerken fort. Die Produktion von Kohlen für den Hausbrand ist lahmgelegt. Die nichtorganisierten Arbeiter von Pennsylvania und Westvirginien haben die Arbeit nicht eingestellt. Die Förderung ist nahezu normal. Die Wasser- und Kraftwerke der Weststaaten waren gezwungen, den Betrieb einzustellen. Die Regierung hält die verhandlungsbereiten Kohlen immer noch zurück.

Das Eingreifen der amerikanischen Regierung in den Vergarbeiterstreik.

Aus New York wird gemeldet: Der Generalkonsul hat sich an die Staatsanwälte in den Hauptorten der Vereinigten Staaten strenge Wellungen ergehen, die sich gegen die Führer der Vergarbeiterbewegung richten. Infolgedessen sind die Vergarbeiter so gut wie ohne Führer, da letztere mit sofortigen Verhaftungen bedroht werden, wenn sie berufen sollten, in die Bewegung einzugreifen. Das Verbot der Regierung, die Fonds der Vergarbeitergewerkschaften in Höhe von 15 Millionen Dollar zur Unterstützung der Streikenden zu verwenden, wirkt. Der Arbeiterführer John L. Lewis bezeichnete dieses Verbot als eine traffe Verletzung der durch die Verfassung garantierten staatsbürgerlichen Rechte. Die Regierung hat die Verwaltung aller Steinkohlenfelder in Amerika auf sich genommen. Auch Schiffsabladungen mit Steinkohlen, die für das Ausland bestimmt waren, wurden zurückgehalten. Die Erzeugungspreise sowie die Gewinne wurden festgesetzt, damit kein Preiswucher getrieben werden kann.

Trotski verhandelt die Befreiung Petersburgs.

Aus Stockholm wird der „Dena“ gemeldet: Eine Proklamation des außerordentlichen Befreiungsausschusses, zu dessen Mitgliedern Trotski und Sinowjew gehören, verhandelt die Befreiung Petersburgs und erklärt, daß eine neue Gefährdung der Stadt nicht befürchtet werden müsse. Ueber die Größe der Niederlage des Generals Judenitsch lässe sich ein Urteil aus dem Umstande fällen, daß seine Armee ungewöhnliche Verluste erlitten habe, insbesondere an Kriegsmaterial, das sie fast alle Tanks und die schwere Artillerie verloren habe. Den Volksherolden hießen Urkunden in die Hand, welche eine Verbindung zwischen Denikin und der Petersburger Arbeiterschaft beweisen.

Betriebsräte und Sozialisierung.

Die Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens ist abhängig von dem Geist, in dem sie betrieben wird. Die Billigkeit der schaffenden Volksträfte, zumal auch der Industrie- und Bergbauarbeiterschaft, ist dazu nötig. Für eine Wiederaufrichtung des nationalen kapitalistischen Wirtschaftssystems ist die Arbeiterklasse nicht zu haben; sie ist unmöglich. Leichter könnte die monarchische Regierungssystem, leichter sogar die Rückkehr Wilhelm des letzten Hohenzollerns bewirkt werden, denn das wäre durch mechanische Gewalt durchführbar, mit mechanischer Gewalt aber kann man die Arbeiter nicht schaffenslustig, die Produktion nicht erziehbilg machen. Die Arbeiterklasse muß sehen, muß empfinden, daß die wirtschaftliche Neuordnung zu dem Zweck erfolgt, eine Grundlage zu schaffen, auf der eine Gesellschaftlich aufbaut, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt und im sozialen Leben verwirklicht, was die deutsche Verfassung verheißt: Freiheit, Gleichheit, Frieden! Entweder die Arbeiterklasse erlangt die Gewißheit, daß Deutschland diesem Ziele entgegenmarschiert, oder Deutschland wird sich nie von seinem Fall erheben. Ordnung des Wirtschaftslebens und Sozialisierung; beides muß Hand in Hand gehen, sich gegenseitig durchdringen. Die Ordnung, die Wiederaufrichtung ist unmöglich ohne die fröhliche Mitarbeit der Arbeiterklasse; und die Sozialisierung kann nur in planmäßigem, geordnetem Wirken vor sich gehen. Das Nicht und das Chaos kann man nicht sozialisieren, sagt Eisner. Mit Dekreten wird keine neue Wirtschaftsordnung geschaffen, sie entsteht nicht über Nacht durch einen revolutionären Akt; sie muß werden und wachsen. Das verkennen meist die Kommunisten. Aber ebenjowenig läßt die alte, unter den Kriegswirkungen zusammengebrochene Ordnung sich neu aufrichten, wenn der für den Gang des Wirtschaftslebens entscheidende Bestandteil es nicht will. Und die deutsche Arbeiterklasse will die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht, also ist sie unmöglich.

Die Sozialdemokratie weiß den Weg zum Neuaufbau; die so antwortigen Betriebsräte geben ihr als wertvolles Hilfsmittel dazu. Wirtschaftlich stehen wir vor einem Trümmerfeld; über Nacht und durch Dekrete ist der Aufbau nicht möglich; er ist überhaupt nur möglich, wenn ein feillich geordnetes Zusammenwirken der wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte herbeigeführt werden kann. Die Voraussetzung hierfür ist die Mitbeteiligung der Arbeiter durch Betriebsräte und Wirtschaftsbeiräte. Wirtschaftsbeiräte und feilliche Verfassung der Massen, das sind die beiden Umstände, die den Versuch eines Zusammenarbeitens von bürgerlichen und proletarischen Kreisen vorschreiben; äußerlich wird diese Zusammenarbeit auch um deswillen nötig, weil gegenwärtig kein Teil für sich Kraft genug besitzt, um die politische Gewalt gegen den anderen Volksteil und gegen die Gewalt der äußeren Mächte so lange behaupten zu können, bis entweder die völlige Sozialisierung oder die Erneuerung des Kapitalismus durchgeführt ist. Ein Kompromiß ist nötig, aber das Kompromiß muß der Sozialdemokratie lohnend erscheinen; das Betriebsrätegesetz muß so beschaffen sein, daß die Arbeiterschaft etwas daraus machen, es als ein Mittel benutzen kann, ihr Mitbestimmungsrecht in der Produktion geltend zu machen und es so zu handhaben, daß allerdings ein System angebahnt wird, das Herrenbeschl und Sklavenherren nicht kennt. Gewiß wird die Zusammenarbeit, die Mitbestimmung der Arbeiterbeiräte nicht immer reibungslos verlaufen; bis die Kräfte sich auf die Betriebsführung eingestellt haben, wird da und dort eine lästige Störung eintreten. Das ist bei allem Neuen! Aber einer muß gang im kapitalistischen Geist verankert sein, um nicht zu erkennen, daß dieses Neue bisher gebundene Kräfte entsefset hat, die sehr bald anfängliche Schwabungen vielfach gutmachen. Sachkundige sagen, die meisten und besten Erfindungen und Verbesserungen der Technik seien bei der Arbeit, gleichsam als Nebenfrucht, entstanden. Unter kapitalistischer Herrschaft aber hatte der Arbeiter gar nicht das Interesse, zeitparende Arbeitsmethoden aufzufinden; im Gegenteil: er mußte bedacht sein, daß er nicht die Arbeitslosigkeit vermehre. Nicht selten haben die Arbeiter sich gegen verbesserte Arbeitsmethoden zur Wehr gesetzt. Das wird anders, wenn der Arbeiter mitbeteiligt wird. Er wird auf sorgsame Benutzung der Werkzeuge, Ersparnis am Material, Zweckmäßigkeit des ganzen Produktionsprozesses achten. Freilich nicht um den Gewinn des Kapitalisten zu mehrern, sondern damit er und mit ihm die Gesamtheit Nutzen davon habe. Die Sozialisierungsaabsicht muß dahinter stehen, der Weg zur Gemeinwirtschaft muß erkennbar sein.

Betriebsräte brauchen wir, damit der Arbeiter im Betriebe sich als freier Mensch fühlen lerne; er soll nicht mehr ein Werkzeug sein, sondern eine Persönlichkeit, die ihre Kräfte, des Körpers, des Geistes und des Gemütes, bewußt in den Dienst der Erneuerung stellt. Wir brauchen die Kräfte auch, damit das Chaos der Geistes sich ordne. Es geht vorwärts und aufwärts, seitdem, Teile des Geistes vorwegnehmend, Arbeitervertreter mitbestimmend in den Produktionsprozess eingreifen, weil nämlich so die Arbeitssameraden neue Arbeitslust und neuen Arbeitsmut gewinnen. Man lüde als auf ein Beispiel

nach Rheinland-Westfalen: die Unternehmerngewalt konnte die Kohlenförderung nicht in Gang bringen, jeidern Arbeitervertreter wenigstens ein Teilbestimmungsrecht haben, geht es aber statt aufwärts, mächtige Galben Kohlen sind bei den Becken aufgeschüttet und unsere Volkswirtschaft wäre der ärgsten Sorgen entzogen, wäre nur die Beförderung mit Eisenbahn und Schiff ebenso verbessert, wie die Förderung.

Sowohl, mitbestimmender Faktor in der Produktion muß der Arbeiter werden. Betriebs-, im weiteren Ausbau Bezirks- und Reichswirtschaftsräte sind das laugliche Instrument dafür. Entweder Betriebsräte mit wirklichen Vollmachten, deren Handhabung die Sozialisierung ankündigt, — oder die deutsche Wirtschaft wird sich nie erheben!

Die geheime Konferenz am 25. Oktober 1918.

Zwischen dem früheren preussischen Kriegsminister General Scheuch, und Ludendorff, ist ein Streit ausgebrochen, der nun öffentlich ausgetragen wird. Das hat zu einer recht interessanten Enthüllung geführt. Ludendorff hat in seinen „Erinnerungen“ dem General Scheuch vorgeworfen, daß er sich in den Oktobertagen des Jahres 1918 nicht seiner Pflicht entsprechend vor den Kaiser und die Armee schuldig gestellt habe, Ludendorff hat sich zur Befristung seines Vorwurfs auch auf eine geheime Besprechung vom 25. Oktober berufen, von der Scheuch jetzt den Schleier hinwegzieht. An Hand genauer persönlicher Aufzeichnungen gibt Scheuch eine Darstellung dieser Besprechung. Der Kriegsminister wurde von der Reichsregierung zu dieser Besprechung berufen, ohne zu wissen, was besprochen werden sollte. Es war dies einer von den vielen Fällen, in denen die D.D.L. in bedeutenden politischen Dingen vorging, ohne vorher den Kriegsminister zu beteiligen und ihm Uebereinstimmung herzustellen, bemerkt General Scheuch bitter. Die Besprechung verlief folgendermaßen:

An der Besprechung, die infolge Erkrankung des Reichs-Langlers beim Bizekanzler stattfand, nahmen außer diesem nur fünf Personen teil. Zweck der D.D.L. war, die Regierung zu bewegen, die Unterhandlungen mit den Alliierten (Notenwechsel mit Wilson) abzubrechen. Demgegenüber vertat der Bizekanzler den Standpunkt, man dürfe den Fäden noch nicht abreißen lassen, man müsse erst die Bedingungen des Feindes kennen lernen. Der Verlauf der Aussprache wurde für mich zur traurigsten Stunde in diesen traurigen Oktobertagen. Nichts, rein gar nichts vermochte die D.D.L. anzuführen, was irgendwie überzeugend hätte wirken können. Ausprüche wie: „Wir hatten einige Mäherfolge, aber nicht entscheidende“ — das am 26. Oktober 1918! — oder: „Wir sind über den Berg gekommen“ oder: „Unsere Gegner erreichten es vielleicht bis zum nächsten Frühjahr“ — nämlich uns niedergurigen — konnten nur das Gegenteil von dem bewirken, was die D.D.L. wollte. Bei solchem Eindruck verließen auch Mitglieder ihren Zweck, die über die Zustände bei unsern Gegnern von der D.D.L. gemacht und von mir bestätigt wurden. Ich versuchte, die D.D.L. noch ganz besonders dadurch zu unterfüttern, daß ich die schleunigste Vereinfachung des zugelayten Erfasses als, wie dies tatsächlich am 25. der Fall, bereits begonnen bezeichnete. Auch dies vermochte aber den Eindruck der äußerst schwachen Argumente der D.D.L. nicht zu beseitigen.

Scheuch rüfht sich, daß kein Regierungsman, kein Abgeordneter von ihm je ein anderes Wort gehört habe, als die feste Ueberzeugung, es könne und müsse weitergefahren werden. Aber:

„Die Wirkung der dringenden Waffenstillstandsforderung der D.D.L. vom 29. September 1918, die Wirkung der Mitteilungen der D.D.L. an Regierung und Abgeordnete, war aber nicht mehr zu befechtigen. Keine Polemik des Generals Ludendorff wird diese Tatsache verwickeln. Sie war es, die dem Glauben des deutschen Volkes an seine militärische Führung den entscheidenden Schlag versetzte.“

Zimmer erschröckernd tritt Ludendorff als ein frivolster Salardeur hervor, der unter einem jämmerlichen Notentoten und einer ebenso jämmerlichen Regierung, Kraft

Gesundheit und die Ehre der Nation veräußert hat. Und schließlich sehen wir diesen skrupellosen Spieler mit dem Scharfblut eines ganzen Volkes, wie er in vollkommener Kopfschüttelung weiteres Unheil anrichtet. Und dieser Mensch mag es noch, öffentlich aufzutreten, und abermals Unheil anzurichten. Und Hindenburg? Er schrammt angedächts all dieser Tatsachen zu einem ohnmächtigen Greis zusammen, der ebenfalls ein Spielzeug in den Händen Ludendorffs war. Wahrscheinlich unser Unglück ist nicht nur riesengroß, sondern auch beschämend.

Das Spiel der Unabhängigen beim Berliner Streik.

In dem Aufruf der „Ber Kommunisten“ und des „Metallarbeiterbundes“, die in ihrer übergroßen Mehrheit aus Unabhängigen bestehen, heißt es:

„Die materiellen Forderungen der streikenden Berliner Kollegen haben durch den Schiedsspruch, der am 4. November 1919 im Reichsarbeitsamt verkündet wird, ihre Erledigung gefunden. Die Arbeit könnte wieder aufgenommen werden, wenn das reaktionäre Unternehmertum der Berliner Metallindustriellen nicht noch in letzter Minute versuchen würde, die Berliner Arbeiterschaft um ihre Grundrechte zu bringen. Die Generalversammlung fordert alle Metallarbeiter Großberlins auf, zur Solidarität die Arbeit ruhen zu lassen.“

Der „Vorwärts“ stellt folgende Äußerungen der beiden (unabhängigen) Metallarbeiterführer Kusch und Richard Müller bei Verhandlungen am Samstag fest: Kusch hat am Samstag bei den Verhandlungen der Parteileitungen, Vollzugsräte und Gewerkschaftsausschüsse mit der Streikleitung wörtlich erklärt: Einen Generalstreik können wir jetzt nicht zustande bringen, die D.D.L. würde jetzt einen Generalstreik nicht mehr verstehen. Des weiteren hat Richard Müller u. a. erklärt: Es ist eine Demagogie, wenn man jetzt schreit, daß die Arbeit ruhen zu lassen, jetzt wo die Arbeiterschaft völlig abgemüht ist.“

Und trotzdem am Montag die Aufforderung zum allgemeinen Streik, obgleich die materiellen Forderungen der Arbeiter ihre Erledigung gefunden haben. Und das inmitten der furchtbaren Not, unter der das ganze Volk leidet!

Der einträgliche Kommunismus der Brüder Szamuely.

Aus Wien wird der „Dona“ gemeldet: Der Budapest-Polizei ist eine aufsehenerregende Entdeckung gelungen. Wie erinnerlich, endeten die Führer des kommunistischen Massensterrors, die Brüder Szamuely, nach dem Zusammenbruch der ungarischen Republik durch Selbstmord. Noch bei ihren Lebzeiten gingen in Budapest Gerüchte um, die den Kommunismus der beiden Mordbrüder in einem sehr sonderbaren Lichte erscheinen ließen. Tatsächlich hat sich jetzt herausgestellt, daß der Volkseigenismus für die beiden Szamuely ein höchst einträgliches Geschäft bedeutet hat. Die Budapest-Polizei entdeckte auf der ungarischen Kommerzbank ein Konto auf den Namen der Brüder in Höhe von 2 Millionen Kronen, und ein ihnen gehöriges auf fremdem Namen in Höhe von 400.000 Kronen. In einer zweiten Bank fand sich eine weitere Einlage von 2 Millionen Kronen auf ihren Namen. Diese Riesensummen stammten aus Plünderungen und Vermögenskonfiskationen, der von den Szamuely in Massen hingerichteten Opfer.

Reaktionäre Hege zur nationalen Volksbevölkerung.

Noch nie vorher wurde in Deutschland eine so hohles unterdrücktes Hegegebäude, wie sie jetzt schon seit längerem die reaktionäre Presse betreibt, der jedes Mittel recht ist, um das Vertrauen in die Lebensfähigkeit des neuen Regiments zu untergraben, um die Männer der jetzigen Regierung herabzusetzen und verächtlich zu machen im In- und Auslande. Dr. Südbel um im preussischen Abgeordnetenhaus bezeichnete das Treiben als „journalistische Schurkenheide, Reichskanzler Bauer in der Nationalversammlung prangerte die annehmen Schmierfinken an, die das Ansehen des deutschen Namens vor der ganzen Welt herabsetzten.“

Was aber die Reaktionen dieser Presse noch nicht zugeben können an nationaler Selbsterweilung, das verbreiten die Parlamentsstimmungsgeber einer Sorte Federhebel, die nur mit der Draufschleuder arbeiten, Sellen, unter denen einer am unerträglichsten dieses Instrument handhabt in der „Täglichen Rundschau“, die sich darin das hervorragenste Extragemeinste

leistet. Worte wie „die sozialdemokratische Antotengilde“, Scheidemanns Alkoholikertemperament“ sind noch das Mindeste.

In Weimar begann dieses Blatt die Regierung darzustellen als eine rohe pflichtvergessene Sauftrunkel. Ueber den erschütternden Tag, an dem die Mehrheit der Nationalversammlung in Uebereinstimmung mit der Volksmehrheit, nach unendlich schwerem Ringen den harten Friedensvertrag annahm, schrieb das Blatt, Scheidemann und Ebert, Cohn und Haack hätten Deutschland in den Abgrund geführt, hinter ihnen stände die Straß, das Volk der Zufälliger und der Geldstrahlkader.

Diese Leute sind akademisch gebildet; sie erbringen den Beweis, wie wenig formale Bildung übereinstimmend mit Bildung des Herzens ist. Diese Leute sind gut gelehrt; ihre Äußerungen veranlassen manchen einfachen Arbeiter, mit achtungsvoller Scheu zu ihnen aufzuschauen; sie sind nicht müde, mit dem einfachen ehelichen Arbeiter in einen Vergleich zu kommen. Diese Leute reden von der jetzigen Regierung als von „Lumpengeimbel“, sie werfen ihr vor, daß sie zur Erhaltung des „Vertrauens bei Straß“ im „Tone der Presse“ arbeite. Diese Leute nennen sich die „nationale Opposition“ in Deutschland. Auf sie paßt das bittre Wort: „Journalist ist jemand, der seinen Verus verfehlt“. Sie sind das Gezielt, von dem der alte Nathinus Claudius handelt: Jegliches Götter war Zeitungshreiber, der Vär aber war als Besor gegeben. Da sagte man, es sei unschuldig und klein, hieß mit dem Vären über Worte und Gedanken zu jonten, Worte und Gedanken müssen zollfrei sein. Der Herrscher, der großmütige Väre, sperrte den Vären ein: die edle Schreibererei sei künftig völlig frank und frei.

Der schöne Spruch war kaum gesprochen, so war auch Deid und Damm gebrochen. Die klügern Bitter schwiegen still. Laut aber wurden Froch und Crocodyll, Seelbär, Scorpionen, Nische, Kreuzspinnen, Laviane, Nische, Saug, Katter, Fiebermaus und Etar und Gel mit dem langen Ohr etcetera.

Und Tintenische mit der Eigenschaft, mit einem unreinen Saft das Papier zu trüben. Sie lassen alles Maß und alle Juddt bemessen, die rinnende Unreinlichkeit ihrer Gehirne richtet einen Lefertreib von sonst anständigem Charakter feliß zugrunde. Diese Art Literaten gehören durch ihr Verhalten vor und während des Krieges wie nur einer vor den Untersuchungskommission über die Sozialdemokratie und ihre führenden Männer. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Arbeiterklasse sich das bis über eine gewisse Grenze und Dauer hinaus ruhig gefallen läßt.

Untersuchungs-Ausschuß.

Weitere Auslagen Weimann Hollwegs. — Erweiterung des rücksichtslosen U-Bootkrieges.

Am 5. Berlin, 5. Nov. Zu Beginn der heutigen Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses bewies

Graf Bernstorff auf die Tatsache, daß infolge der Abstrahlung Deutschlands große technische Schwierigkeiten bestanden, um unsere Anschaffung von der Lage vor das amerikanische Publikum zu bringen. Wilson wurde wieder gewöhnt unter der Parole, daß er das Land von dem Kriege ferngehalten habe. Unter der Oberfläche war verbreitet worden, daß Wilson den Frieden wieder herzustellen versuchen werde, womit sich die gesamte Presse besonders auch die Kurzeitpresse einverstanden erklärte. Im Gegensatz zu Staatssekretär Zimmerman, der erklärt hat, daß die Ansicht bestehe, die Wilsonsche Friedenspolitik stände unter englischem Einfluß, sagte Graf Bernstorff weiter, daß in Amerika, als Wilson mit seiner Aktion hervortrat, durchaus die Anschaffung herrschte, daß sie unter deutschem Einfluß erfolgte. Während Englands ganze Politik darauf gerichtet war, Amerika in den Krieg hinein zu ziehen, war mein Hauptziel Amerika unter allen Umständen vom Kriege fernzuhalten.

Reichsminister David fragte, aus welchen Gründen Zimmermann annehmen zu können glaube, daß die Friedensaktion Wilsons von England angeregt worden sei, und weiter: Wußte Hindenburg, daß die Friedensaktion Wilsons vor der deutschen politischen Leitung angezogen worden ist? Hierauf hat Konrad Müller von einer Erweiterung dieser Dinge in öffentlicher Verhandlung abgesehen, da die Vorgänge die Neutralität berühren und leicht unrichtige Schlüsse möglich seien.

Noch Wiederherstellung der Öffentlichkeit erklärte Graf Bernstorff, auf die Frage von Professor Dietrich Schäfer, welchen Treibern Prof. Münsterberg durch alle

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig. Nachdruck verboten

119 ————— 22. ————— Nachdruck verboten

Ein paar Tage nach der Wahlversammlung im deutschen Kreis hatte sich der junge Wirt aufgemacht zu einem Gang, aber er sagte nicht, wohin er gehen wollte. Der Michaelina, die sich alle Augenblicke eine Ausrede machte, von den Bräuern zu ihm hinüber zu laufen, übergab er den Schlüssel. Sie sollte auf die Wirtschaft passen, lange würde er ja auch nicht ausbleiben.

Aber er blieb doch länger aus. Vergebens schaute Michaelina alle Stunde nach ihm aus, er kam noch immer nicht. Wo hin war er gegangen? Ach, gewiß nach dem Lupludo, wo jetzt in der smaragdgrünen Wiese die Blüten des Sumbes blühten, schneeweiße reine Blütenkelche mit goldenen Staubgefäßen. Aber deren Stengel, die tief unten im Grunde festwurzelten, waren wie Schlangen, lang und dehnbar, und rissen nicht ab, sondern zogen heimlich. Daß ihm nur kein Leides geschah! Am liebsten wäre die Magd ihm nachgelaufen, aber das ging doch nicht an, sie mußte ja auf sein Haus passen. So hochte sie sich auf seine Schwelle nieder, schlang die Arme um die Knie, wiegte sich hin und her und sang sich eins. Einmalig krautig sang es, obgleich es ein Langliebchen war, monoton war es wie die Felder, in die ihr Blick starrte.

Michaelina hatte recht vermutet, Valentiu war nach dem Lupludo gegangen, führte doch daran vorbei der Weg ins Forsthaus. Er mußte Etasia sehen, sie sprechen. All die Nächte, seit sie fort war, hatte er keinen Schlaf gefunden; rot waren seine Augen, ganz überwacht. Mit offenen Lidern hatte er gelegen und ins Dunkel gestiert und gedacht, so viel, so einbringlich nachgedacht, wie noch nie in seinem Leben.

War sie denn wirklich so schuldig? Ja, ja! Er mußte die Hände ballen und mit den Fäusten stoßen. Aber wenn es dann so recht bedachte, wußte er eigentlich nicht zu benennen, was sie ihm angetan hatte. Daß sie mit Pau und Schall gut freund war — zu gut freund für seinen Geschmack — das war sicher; aber, wenn es ihm nun auch

nicht befiel, war es darum schon ein Unrecht? „Du“ hatte sie zu dem gesagt — fagen die Polen nicht immer „du“? — und „mein Lieber“ hatte sie zu ihm gesagt — Jesus, sie konnte ihn ja schon so lange, als sie noch ein blühendes Dingelchen mit kurzen Locken war, schon! Abscheulich wars, ganz unerträglich, daß sie immer mitelander wickelten und lagten — aber eine Untrene war das doch nicht? Nein, er hatte sich libereit! Wenigstens anß. er hätte er sie müssen, sie nicht von sich stoßen dürfen, als sie so lieblich an ihm liegen wollte. Die arme kleine Frau, wie noch hatte er ihr wohl getan mit seinen großen Händen! Ein Bedauern erhob sich in Valentiu. Aber dann dachte er an Vater und Mutter: der Vater war auch oft grob, aber die Mutter nahm weiter nicht abel — wie war das doch so anders bei denen!

Zwischen ihm und Etasia war immer ein Mißverständnis. Und sie hatten sich doch auch so lieb, wie sich die Eltern hatten — o nein, noch viel tausendmal lieber, denn sie waren ja noch so jung! Noch kein Jahr, noch kein einziges Jahr mit-inander verheiratet! Er hätte noch das selbe Begehren in sich, das in ihm gebrannt, als er sie zum Altar geführt hatte.

„Etasia, Etasia!“ Er stöhnte auf in der Nacht und schlug die Hände gegen seine Stirn, auf der Schweitropfen standen. Was hatte er angerichtet? Nun war sie böse mit ihm — auf immer —? Sie hatte der Michaelina gesagt, man solle ihr andern Tags ihre Kleider und Sachen schicken; er hatte die zurückbehalten, denn er hatte geofft, dann würde sie danach kommen, oder ihr Vater wenigstens würde kommen, oder ein Vöte oder ein Brief. Aber niemand war erschienen. Nein, sie wollte wirklich nicht mehr von ihm wissen, es war nicht nur eine Rederei. Nun sah sie drüben bei ihren Eltern, und er sah hier! Und zwischen ihnen lag das Lupludo.

Ob sie sich wohl um ihn grünte, wie er um sie? Das hätte er gern gewußt. Aber hatte er denn je gewußt, wann er mit ihr war? Et hatte er ihr fehnsüchtig in die Augen geschaut, aber sie hatte weggeguht. Wie ging es nun zu Vater und Mutter verstanden sich doch mit einem Blick, die Etasia mußte man erst immer fragen und fragen, und dann hatte sie doch noch oft den Kopf geschüttelt: „Nie rozumiem po niomiocka!“

Wer wollte ihr einen Vorwurf daraus machen? Sie verstand eben wirklich nicht deutsch, wohl die Sprache, — o, die Sprache ganz gut! — aber das andere, all des andere, was sich nicht fagen läßt, nicht!

Sich im Bett aufsehend und den Kopf zwischen beiden Hände nehmend, hatte der arme Junge ganz verwirrt um sich geschaut. Wenn er nur wüßte, woran es lag, daß sie nicht zum Blick kommen konnten, zum freilichem Blick? Hatte er ihr nicht genau was zullebe getan — o, so vieles! Hatte sie ihm nicht etwas zullebe getan? O, auch! Bekreuzten sie sich nicht vor demselben Gott? Gewiß! Und waren sie nicht verheiratet mit-inander? Das fähr! Und trotz allem und allem — eins waren sie darum doch nicht!

Und das peinigte. Das hatte Valentiu geheimnis voll dem ersten Götter an, daß peinigte ihn auch jetzt mehr als die Eiferucht auf Eulie. Viele Eiferucht war ja fönicht — begreiftlich zwar — aber zu fönicht doch! Die Etasia ihrem Valentiu mitren sein?

Und Etasia tauchte vor ihm auf im Dunkel der Nacht — flüchtig und feidig schimmerte die blonde Tolle, darunter blühtenzart ihr weißes Gesicht. Mit brennenden Augen starrte er sie an: sei doch auf, komm wieder, wir wollen nun glücklich sein! Sie lächelte und nickte — da sprang er aus dem Bett. Wenn es nicht Nacht gewesen wäre, die Nächte in den Höfen nicht zum ersten Mal geträumt hätten, er wäre zu ihr gelaufen. Ja, er wollte sie zurück holen! Das Mit-inander-böse sein war dummies Zeug! Sie sollte wiederkommen, sie mußte wiederkommen, dann würde alles gut!

Und so hatte er sich aufgemacht gleich andern Tags. Wie ein Liebeder war er gegangen, der um die Braut werden will. Beim Lupludo fing er an, Trab zu laufen. Ihn ärgerte der weiße Vögen, den er machen mußte, denn nah, ganz nah wühlte hinter den Äußeln die Förnerel und smaragdgrün, mit weißen Rosen besetzt, glänzte freundlich die Wiese vor sich ihm und dem Waldbrand drüben. Aber nur die Torgräber, die vergangenes Jahr hier Torf ge lochen hatten für Schwärzwasser, kamnten vielleicht die sichere Furt.

Seufzend gab er sich drein, dem Umweg zu folgen. (Fortsetzung folgt.)

englischen Elemente in den Vereinigten Staaten ausgeföhrt war, daß Münsterberg einem Schlaganfall erliegen sei, nachdem er gesellschaftlich und politisch honoriert worden war. Ueber den Gründe befragt, warum Graf Bernstorff nach seiner Rückkehr vom Kaiser nicht empfangen wurde, erklärte von Bethmann Hollweg u. a.: Der Kaiser war völlig von dem unterrichtet, was Graf Bernstorff mir gemeldet hatte und da Bernstorff selbst Vorwürfe über unser weiteres Verhalten gegenüber Amerika nicht zu machen hatte, lag keine Veranlassung vor, auf sofortigen Empfang zu dringen.

Es folgte die Erörterung der Frage des rücksichtslosen U-Boo-Krieges und der Gründe, welche für die Reichsleitung dafür ausschlaggebend waren.

von Bethmann Hollweg führte aus: Zu Anfang 1917 lag die Ueberzeugung der militärischen Stellen vor, daß ohne den rücksichtslosen U-Boo-Krieg nicht zu einem guten Ende geführt werden könne. Für mich lag die Ueberzeugung vor, nicht in Aussicht stellen zu können, daß der Krieg in anderer Weise beendet werde. Da mußte, erklärte von Bethmann Hollweg mit erhobener Stimme, eine Entscheidung gefällt werden.

Ich bin noch heute der Ansicht, daß ich recht handelte, wenn ich dem Kaiser nicht raten zu können glaubte, sich in Widerspruch mit seinen militärischen Ratgebern zu setzen. Ein Gesen meiner Person würde an der Sache nichts geändert haben. Auf den Hinweis von Minister Dabid, daß, wenn der U-Boo-Krieg nicht verhängen werden könnte, er wenigstens hätte hinausgeschoben werden können, betonte Bethmann Hollweg, eine Zwangsangelegenheit habe nicht nur für ihn, sondern auch für die Oberste Heeresleitung bestanden, die der Auffassung war, daß eine siegreiche Beendigung des Krieges zu Lande ohne Singunahme des rücksichtslosen U-Boo-Krieges nicht möglich wäre. Auch sie stand also vor einer schweren Entscheidung.

Wg. stelle frage, was geschehen sei, um diese äußerste Kampfmittel so fauglich wie möglich zu machen, da Tripit doch geradezu negativ gewirkt habe.

Bethmann Hollweg: Der Schaden des U-Boo-Krieges war Anfang 1917 natürlich viel größer als Mitte 1916. Die Zahl der Boote war beträchtlich gestiegen. Die Mittelkraft in der Deutsche an Wilson von der technischen Unmöglichkeit, die einmal ausgefahrenen Boote zurückzurufen, stammte von Admiral von Holtzendorf im Großen Hauptquartier.

Der Schluß der heutigen Sitzung wird nicht veröffentlicht, da Angelegenheiten einer neutralen Nacht zur Verhandlung stehen. Nächste Sitzung Donnerstag vormittag 10 Uhr.

Badische Politik.

Die Kohlenversorgung.

gt. Wie der „Badische Staatsanzeiger“ mittels, fand am 3. November in Berlin eine Besprechung über die Kohlenversorgung statt, bei der speziell die Versorgung der süddeutschen Staaten behandelt wurde. An der Konferenz nahmen neben den Vertretern der in Frage kommenden Reichsämter der Reichslanz- leter, der Reichsverkehrsminister, der Reichsforstsenkominister, ferner Minister Hamm als Vertreter Bayerns und Minister Kemme als Vertreter Württembergs und Badens teil. Die Forderung der süddeutschen Staaten — Zusammenfassung der gesamten Transportmittel zu Wasser und zu Land, restlose Eröffnung aller Kohlenbestände des Reichshandels, sofortige ausreichende Zufuhr nach Süddeutschland usw. — nebst Vorschlägen zu Milderung der Lage wurde zur Unterstützung der mündlichen Aussprache schriftlich überreicht. Hoffentlich macht sich das Ergebnis der Konferenz bald bemerkbar!

* Aufhebung der Forst- und Domänenverwaltung. Das neueste badische Gesetz- und Verordnungsblatt enthält folgende Verordnung des Staatsministeriums: Die Forst- und Domänenverwaltung wird aufgehoben; die Verwaltung der Domänen und Forsten wird Geschäftsabteilungen des Finanzministeriums übertragen. — Ferner hat das Staatsministerium verordnet, daß mit der Verwaltung und der Erhebung der Grundsteuersteuer die Finanzämter und Hauptsteuerämter je für ihren Landesbezirk betraut werden. Oberbehörde ist das Landesfinanzamt.

Zur Errichtung einer Verbraucherkammer. Die Regierung hat den dem Landtag vorgelegten Gesetzentwurf über die Errichtung einer Verbraucherkammer wieder zurückgezogen, da der darin behandelte Gegenstand auch von der Vorfrist des § 165 Abs. 3 der Reichsverfassung berührt wird. In diesem Paragraphen ist bestimmt, daß aus den Arbeiterkreisen zusammen mit den Vertretern der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise Bezirkswirtschaftsräte und ein Reichswirtschaftsrat zu bilden ist. Nach der vom Ministerium des Innern bei der Reichsregierung eingelegenen Befundung ist damit zu rechnen, daß demnächst Volksgesetzbestimmungen zu der genannten Reichsvorfrist erlassen werden; die auch eine Einbeziehung der Verbraucher in diese wirtschaftlichen Organisationsvorhaben. Aus diesem Grunde hat sich die Regierung vorbehalten, falls die Volksgesetzliche Regelung in Wäde erfolgt, den genannten Gesetzentwurf wieder zurückzugeben, da es vermeiden werden sollte, daß Baden jetzt eine gesetzliche Einrichtung trifft, die unter Umständen schon nach kurzer Zeit wieder geändert werden müßte.

Die Aufrechterhaltung des Arbeiterverkehrs. Amlich wird mitgeteilt, daß die Generaldirektion der bad. Staatseisenbahnen trotz der Verkehrsperre den Arbeiterverkehr in der laufenden Woche noch aufrecht erhalten wird, soweit er sich unter Benutzung der Wochenkarten abwickelt. Auch für die nächste Woche ist zunächst die Aufrechterhaltung des Arbeiterverkehrs noch in Aussicht genommen. Arbeiterwagenkarten werden aber nur gegen eine Bescheinigung des Arbeitgebers ausgegeben. Die Möglichkeit liegt aber sehr nahe, daß die Generaldirektion infolge Kohlenmangels nicht in der Lage ist, in der kommenden Woche den ganzen Arbeiterverkehr durchzuführen. Sie wird zu den äußersten Mitteln der weiteren Einschränkung nur schreiten, wenn sie auf andere Weise die Gefahr des vollkommenen Stillstehens auch der Güterzüge nicht abwenden kann. In diesem Falle müßten zur Beförderung auf der Eisenbahn nur Arbeiter zugelassen, die in Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken, in Lebensmittelbetrieben, im Holzwirtschaften und Eisenbahnwagenbau beschäftigt sind und für die besondere Anweisungen dann ausgegeben werden. In der amtlichen Mitteilung wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Beschränkung des Arbeiterverkehrs auf die mit Ausweisen versehenen Personen nur im äußersten Notfall in Kraft treten wird, und daß die Generaldirektion mit denjenigen Arbeitkräften, die am Betriebsort wohnen oder die Arbeit ohne Benutzung der Eisenbahn erledigen können, unter allen Umständen weiterzuführen werden sollen.

Soziale Rundschau.

Außerordentliche Reichsbeiträge an nothleidende Kriegshinterliebene.

Die „Karlsr. Zig.“ schreibt amlich: Auf Anregung der Deutschen Nationalversammlung hat die Reichsregierung beschlossen, sofort Mittel zur schleunigen Gewährung von außerordentlichen Beihilfen an nothleidende Kriegshinterliebene zur Verfügung zu stellen. Der auf Baden entfallende Anteil soll durch Vermittlung der amtlichen Fürsorgestellen zur Verteilung gelangen. Der Personenkreis, dem die Beihilfen zugute kommen sollen, umfaßt in erster Linie Witwen mit Kindern, Vollwaisen und kinderlose Ältere oder fränke Witwen; doch sollen daneben auch im Falle der Nothwendigkeit und im Rahmen der vorhandenen Mittel bedürftige Kriegseltern berücksichtigt werden können. Für Witwen mit Kindern sind die Beihilfen entsprechend der Kinderzahl abzuschufen, und zwar soll der Höchstbetrag der Beihilfe für jedes Kind 20 M monatlich betragen. Erscheint in besonderen Fällen neben den Beihilfen für die Kinder eine weitere Unterstützung der Mutter nötig, so kann auch sie eine Beihilfe bis zu 20 M monatlich erhalten. Der Höchstbetrag einer Familie zu gewährenden Beihilfe darf 100 M im Monat nicht übersteigen. Der Höchstbetrag für Vollwaisen, Witwen ohne Kinder und Eltern soll 25 M monatlich betragen. Witwen ohne Kinder sollen die Beihilfen doch nur erhalten können, wenn sie über 50 Jahre alt oder infolge von Krankheit oder aus anderen in ihrer Person liegenden Gründen ganz oder zu einem erheblichen Teil erwerbsunfähig sind. Die Beihilfen können für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 31. März 1920 bewilligt werden. Sie sind in der Regel monatlich im voraus zahlbar.

Gewerkschaftliches.

Streik der Mannheimer Metallindustrie-Angestellten.

Gestern nachmittag tagte im Hotelgarten eine Versammlung der Angestellten der gesamten Metallindustrie, welche 4000 Personen zählte. Es wurde darin der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses über die Gehaltsfrage des Brandtarifs für die Angestellten der Metallindustrie mit Wirkung vom 1. November ab festzulegen. Die Versammlung erklärte sich von den Sähen nicht befriedigt. Es wurde im Laufe des heutigen Tages eine Abstimmung darüber in den Betrieben veranstaltet, ob ein Streik begonnen werden sollte. Das Ergebnis dieser Abstimmung war, nach der „Neuen Bad. Landeszig.“, daß sich 55 v. H. der Angestellten für einen Streik erklärten. Dieser hat heute nacht um 12 Uhr begonnen.

Kleine Nachrichten.

Ans Heilberg wird berichtet: Von einem hier einfahrenden Güterzuge mußte ein heilgelauener Wagen abgehängt werden. Beim Verladen des Wagens fiel eine Kiste wegen ihrer Schwere auf. Die sich bei ihrer Eröffnung ergab, war sie mit gemalmtem Gold im Werte von rund einer Million gefüllt, das nach dem besetzten Gebiet geschmuggelt werden sollte. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

W. Mainz. Die Eisenbahnstation Mainz teilt mit, daß die Einstellung des kaiserlichen Personenverkehrs, da sie von der Genehmigung des Reichsverkehrs abhängig ist, zunächst aufgehoben werden müßte. Bei ihrer Durchführung werde es keinesfalls gleich so weit gehen wie auf der rechtsrheinischen Seite.

Berlin. Laut „Berliner Tageblatt“ läßt die bereits gemeldete Vergiftungs- und Verletzungsercheinung, die sich bei dem Abn. Haas bemerkbar macht, und eine Genesung beinahe aussichtslos, die Möglichkeit eines plötzlichen Ablebens in nächste Nähe rücken. Spätere ist vollständig terminales und schließt befristet.

Berlin. Die Berliner Schuldeputation lehnte es ab, irgendwie eine Anregung zu einer offiziellen Revolutionsfeier anlässlich der Wiederkehr des 9. November zu geben.

Gemeindepolitik.

Konferenz der Gemeindevertreter des Bezirks Baden-Baden.

Letzten Sonntag, 2. November, fand in Baden-Baden im „Waldrath“ eine Konferenz der Gemeindevertreter des Untergebirtz statt, die von Dos, Sandweber, Hammerstein, Eberleinburg, Wag und Baden-Baden besetzt war. Genosse O. Rapp begrüßte die erschienenen Genossen und erklärte Zweck und Wert derartiger Konferenzen. Durch die nach dem Verhältnismäßigsten getätigten Gemeindevahlen habe unsere Partei in allen Orten eine größere Anzahl Gemeindevertreter erhalten, die zu einem Teile noch Neulinge in der Gemeindepolitik seien. Diese nun mit ihrem Amte betraut zu machen, sei in der Vertretung unserer Interessen zu fördern, soll vor allem der Zweck der heutigen und der künftigen Zusammenkünfte sein. Zum wichtigsten Zeitpunkt: wirtschaftlicher Tiefstand, Demoralisation, Lebensmitlet, alles Folgen des 4½-jährigen ungeligen Krieges, ist unsere Partei in die Regierung eingetreten. Das Gebiet unserer Arbeit in der Gemeinde ist ein großes und wenn wir alle unsere Mann stehen, auch ein erfolgversprechendes. In der Lebensmittelversorgung, namentlich was Kartoffeln und Milch anbelangt, müßten unsere Genossen auf dem Lande mit denen der Stadt Hand in Hand gehen in der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen. Der Jugenderschleichung und -Pflanzung und der Wohnungsfrage muß überall, auch auf dem Lande, mehr Sorgfalt gewidmet werden. An allen Orten müssen die Bauwesenstände unterstärkt und der Standpunkt herbeizutreten werden, daß Grund und Boden der Allgemeinheit gehört, keine Gemeinde dürfe diesen der Spekulation ausliefern. Die Armenpflege werde namentlich auf dem Lande vernachlässigt. Die Armenpflege müsse hierfür sorgen, daß Frauen als Armenflegerinnen ernannt werden. Zum Schluß wies man übergehend, betonte Kerner, daß überall Schulkommissionen, in denen unsere Befähigten und besten Genossen und Genossinnen sitzen, in jeder Gemeinde neben dem Gemeinderat bestehen sollten. In jeder Gemeinde sollte eine Wächerei vorhanden sein, die neben quater Unterhaltungsdienste das beste aus Landwirtschaft, Naturkunde hietet. Die drohende Arbeitslosigkeit muß bekämpft werden durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit durch die Gemeinden, wie Boshan, Abbau vorhandener Steinbrüche, Ausnutzung der Naturkräfte. Der Industrie und dem Gewerbe müssen überall die Wege geebnet werden, damit wir wieder Werte schaffen. Es mußte sich, Anstöße zu bilden unter Bezug von Fachleuten, die die Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung als Aufgabe zugewiesen bekommen. — Bei den Arbeitkräften liegt eine große Macht, jetzt und in der Zukunft; nicht Entmutigung, sondern Freizwilligkeit, Disziplin und feiner Wille wird uns hier erhalten. Bekämpfen wir alle dies, dann gehen wir im Staat und in der Gemeinde einer besseren Zukunft entgegen!

Genosse Ueberecher Rudolfsp. Vorsitzender der Baden-Badener Katharstraktion, ging als Hochmann auf die Schulfrage ein. Schularzte brauchen wir überall, aber nicht nur zur Untersuchung, sondern auch zur Pflege der Kinder. — Es folgte eine weitere ausgedehnte Aussprache ein an der sich die Vertreter aller Gemeinden beteiligten. Die Lebensmittelversorgung im allgemeinen, Kartoffeln, Milch und Fleisch im besonderen waren der Grundton fast aller Ausführungen. In Anlehnung an das Referat wurden Fragen gestellt und Antworten gegeben; kurz gesagt, es war eine Aussprache, von der alle Teilnehmer der Konferenz Nutzen gehabt und Anregungen empfangen und gegeben haben. Der Wunsch, diese Konferenzen öfters stattfinden zu lassen, und zwar der Reihe nach in allen Gemeinden des Bezirks, ist, wie der Verlauf dieser Zusammenkunft gezeigt, ein berechtigter und soll verwirklicht werden. Nach fünfstündiger Dauer schloß Genosse Rapp die Konferenz mit dem Wunsch, daß das Gebirge Wilderthal finden möge und daß wir uns in Sauerneberstein wieder mit so guter Beteiligung zusammenfinden.

Weingarten. Slandaloöse Zustände herrschen hier in der Fleischversorgung. Wochen bergeben, bis die Versorgungsberechtigten auf dem offiziellen Wege Fleisch erhalten. Das Verlangen der Fleischversorgung ist aber nicht bewunderlich, wenn neben anderen, auch die behördlich genehmigten Schlachtereien Schleichhandel treiben. So plagierte schon vor einiger Zeit im Durlacher Bahnhof eine mit allerhand Lederhüllen angefüllte Kiste, die an einen dortigen Delikatessenhändler adressiert und deren Absender ein hiesiger Metzger war. Am Sonntag, 19. ds. Mts. mußte ein Teil der Versorgungsberechtigten die „Kerrie“ Fleischlos feiern, während ein anderer Teil über das zustehende Quantum hinaus Fleisch erhielt. Diese Woche nun wurde einem Karlsruher 24 Pfund Rostfleisch abgenommen, das aus einer hiesigen Metzgerei stammte. Das standaloöse an dieser Sache ist, daß das Rostfleisch für die heiligen Kranken bestimmt war, die aber entweder gar kein Fleisch oder nur Hammelfleisch erhielten. Da wäre es endlich mal an der Zeit, daß die behördlichen Organe mit aller Energie einschreiten würden. Man kann sich den Eindruck nicht erwehren, daß das Auge des Gesetzes in Gestalt der beiden hier stationierten Gendarmen einfach schläft. Insbesondere wäre einmal an den Stationskommandanten Wengelstauber die Frage zu richten, was er schon alles zur Eindämmung des Schleichhandels getan hat. Wie sind uns gewiß, der Bericht hierüber wird sehr kurz sein, aber einen desto längeren könnte er allerdings über seine Beförderung der Sozialdemokratie erhitzen.

H. Heilberg. 24. Okt. Bürgerauschussitzung. Die Tagesordnung umfaßt 4 Punkte: 1. Geländeauf und Verkauf mit Wilhelm Durr und der Gemeinde Heilberg. 2. Errichtung einer Schreibegehilfenstelle und Festlegung der Bezüge. 3. Erhöhung der Bezüge der Feldhüter und 4. Erhöhung der Bezüge des Farrenwärters. Zum 1. Punkt berichtete der Bürgermeister über den Gang der Verhandlungen und legte die Gründe dar, die die Gemeinde veranlassen, zu Pauen. Der Wilt. Durr soll für sein Viegelgelände 4 M pro Quadratmeter bezahlt werden und dieser zahlt der Gemeinde für das Tauschgelände hinter seinem Wohnhaus 3,50 M pro Quadratmeter. Gemeinderat Wolf ergänzte die Ausführungen des Bürgermeisters und gab seiner Freude Ausdruck, daß wir nun endlich so weit sind, ein Doppelhaus erstellen zu können. Die verfügbaren Wohnungen reichen bis jetzt keineswegs aus, die Anforderungen zu befriedigen. Das gewonnene Baugelände ist sehr schön für Siedungsbauern geeignet. Das nächste Jahr soll das andere Doppelhaus daneben erstellt werden. G. H. Heilberg hat genügt, daß aus die Baufrage sofort mit erledigt wurde. Der Bürgermeister entgegnete, daß in der Gemeinde zur Entzerrung streiten könne, falls sich die Eigentümer freistellen. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Der 2. Punkt: Errichtung einer Schreibegehilfenstelle auf dem Rathaus und Belegung mit einem Kriegsveteranen wurde ebenfalls genehmigt. Die Festlegung der Bezüge des Schreibegehilfen entfiel eine rege Diskussion, in der die G. H. Heilberg, Heilberg und G. H. Heilberg den Standpunkt vertraten, daß die angelegte Entschädigung von 120 (!) Mark pro Monat zu niedrig sei. Gemeinderat Wolf erklärte, daß er seinerseits nicht einzuwenden habe, wenn der Bürgerauschuss die Vorlage ablehnt, er ist aber der Meinung, daß dem angehenden Schreibegehilfen, dem die rechte Hand fehlt und der mit der linken Hand schreibt, sich eine gute Zukunft eröffnet, wenn er mit dem Fleiß, mit dem er begonnen habe, fort fährt; es werde nicht mehr lange dauern, bis ihm eine angemessene Entschädigung zugedacht werden müsse. Ein höherer Satz ließ sich im Gemeinderat nicht erzielen. Die Vorlage wurde gegen eine starke Minderheit angenommen. Der 3. Punkt: die Erhöhung der festen Bezüge der Feldhüter von 200 auf 300 M wurde ohne Debatte genehmigt, ebenso der feste Punkt, die Erhöhung der Bezüge des Farrenwärters von 450 auf 720 M. Die Futtermittel soll der Jahreszeit entsprechend angepaßt und genau eingehalten werden.

Aus dem Lande.

Durlach. Revolutionsfeier. Die Revolutionsfeier der sozialdemokratischen Partei findet am Sonntag, 9. November, nachm. 1/2 Uhr, in der Reithalle statt. Das Programm ist ein sehr reichhaltiges. Die Einwohnerschaft insbesondere die freischulig Gesunde, wird erachtet, an der Feier teilzunehmen. Das Programm wird noch durch Plakate und Inserate bekannt gegeben.

Göttingen. Bürgerauschussitzung. Die Sitzung vom 1. November umfaßt 4 Tagesordnungspunkte. Der 1. Punkt betraf den Nebenbesuchsbericht der händ. Sparkasse. Debatte — es wurden nur einige Anfragen gestellt — wurde Kenntnis von demselben genommen. — Der 2. Punkt: Die Ermöglichung des Eingetretes bei der händ. Sparkasse und die Abänderung des Absatzes 2 des § 13 der Satzung der Sparkasse, Punkt 3: Verbilligung der Auslandslebensmittel, Punkt 4: Weiterer Ankauf von Auslandslebensmitteln wurden ohne wesentliche Auseinandersetzungen angenommen. Punkt 5: Verkauf eines Teils des Grundstücks Geborn Neuwehst an Herrn Paul Zuritzinger wurde eine erregte Debatte hervor. Der Sprecher der Bürgervereingung Herr Franck ließ wieder einmal die Karte aus dem Saal und betrat eine reine Interzessionspolitik. Er verlangte die Zurückziehung dieser Vorlage, weil ihm der Kaufpreis zu nieder erschien und bei dieser Vorlage eine Hebererumvelung geplant sei. Auch das Zentrum nahm eine schonenende Haltung an. Der Sprecher dieser Partei erklärte, daß für das Zentrum die Zustimmung ihres alten Fraktionsvorsitzenden des damaligen Bürgerauschusses nicht maßgebend ist. Sie machten die Zustimmung zur Vorlage von der Verantwortung ihrer gesetzlichen Frauen abhängig. Ein weiterer Anlauf bot der Streit innerhalb der Zentrumsfaktion. Von Gen. Leppert wurde die Haltung dieser Fraktion besonders aber die Interzessionspolitik der Bürgervereingung, festgehalten, was den Herrn Franck veranlaßte, der Sozialdemokratie persönliche Interzessionspolitik vorzuwerfen. Den darauf von und geforderten Beweis für seine Behauptung hier er schuldig, er mußte einen „sonstigen Rückzug antreten! Der Vorsitzende Bürgervereingung erklärte angesichts dieses Verhaltens der neuen Fraktion gegenüber dem alten, daß ein Zusammenarbeiten unter diesen Umständen un-

Karlsruhe — Zur Messe!



Zum ersten Male hier! Riesen- und Zwerge - Schau! Liliputaner-Varieté-Theater

Es sind dies alles entgeschult und ans Rebildete Varieté-Künstlerinnen und Künstler I. Ranges... Eine Truppe der kleinsten Damen und Herren...

Der größte Mann, der je in Westfalen gelebt, der deutsche Riese Goliath; als Kontrast dazu Prinz Colibri, der kleinste Mensch. Eine Vorstellung übertrifft alles Dagewesene!

Stärke Wäsche Schorpp... besorgt bei achtziger Lieferzeit Dampfwasserkraft

Hohen Verdienst... Bad. Rote Goldlotterie... 37 000 M. 20 000 M.

Selle... M. Kleinberger, Karlsruhe

Das Ende aller Wäscheplage und Seifennot bringt die eiserne Waschfrau... Hermann Breda, Magdeburger, Lüneburger Str. 5.

Die in § 1 genannten Betriebe sind auf die unbedingt nötigen Räume zu beschränken... Anordnung... § 1.

Die offenen Verkaufsstellen dürfen in der Zeit, in welcher sie geschlossen sind, nicht beleuchtet sein... § 10.

Mit Zustimmung des Bürgerausschusses vom 17. September d. J. und nach der am 21. Oktober d. J. erteilten Stadtgenehmigung enthält § 8 der Verbrauchssteuerordnung...

Saatkartoffel-Bestellung... Die Bestellung von Saatkartoffeln für 1920 ist jetzt schon dringend...

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe. An unsere Mitglieder! Unseren unangesehenen Bemühungen ist es endlich gelungen...

**Sozialdemokratische Partei
Durlach.**

Revolutions - Feier

Sonntag, den 9. November, vormittags 10 Uhr
in der Festhalle.

Vortragsfolge:
Gesamt-Chor (Sängerbund Vorwärts - Männergesangsverein).
Prolog.
Tenor-Solo mit Klavierbegleitung.
Rezitation.
Festrede, gehalten vom Abgeordneten Gen.
Karl Rausch, Heidelberg. 7773
Bariton-Solo mit Klavierbegleitung.
Gesamt-Chor: Tord Folezon.
Eintritt 30 Pfg.

Die Einwohnerschaft Durlachs wird ersucht, in Massen zu erscheinen.

Sozialdem. Partei Rastatt.

Einladung

zu der am Samstag, den 8. November 1919,
abends 7/8 Uhr im Gasthaus „Zum Anker“
stattfindenden

Revolutionsfeier

Festrede des Genossen Landtagsabgeordneten Martzloff-Freiburg.
Mitwirkung der Arbeiter-Sportvereine und des Gesangsvereins
„Liedesfreiheit“ Rastatt

Im Interesse der Einhaltung der Polizeistunde werden die Genossen und Genossinnen um pünktliches Erscheinen gebeten.
7762 **Der Vorstand.**

Badisches Landesstheater.
Donnerstag, den 6. November 1919. 7767

Die Mondscheindame.
Opérette in 3 Akten von Pordes-Milo und Bernstein-Sawersky. Musik von Alrod Lorentz.
Anfang 7 Uhr. Mk. 5.20. Ende 10 Uhr.

Der nationale Frauendienst

und die ihm angeschlossenen Vereine der Hausfrauen, Lehrerinnen, Malerinnen, für Frauenbildung und für deutsche Frauenleistung, sowie die Ortsgruppe Karlsruhe des Bundes der weiblichen Handel- und Büro-Angestellten e. V.

haben hiermit ein, zur Befestigung ihres neuen Heimes, **Erdprinzenschloßchen, Ritterstraße 7.**

Ausstellung und Verkauf von Zeitschriften, Bildern, einfachen Kleidern und sparlichem Gebäd.

Samstag, den 8. November von 4-6 Uhr.
Sonntag, den 9. November von 2-6 Uhr.
Eintritt 50 Pfg. am Saaleingang.

Festspiel und Konzert
Sonntag, vorm. 11 1/2 Uhr. 2.- Mk.
Dasselbe nur für Mitglieder: **Samstag, mittags punkt 3 Uhr. 1.- Mk.** 7761

Kartenvorverkauf für beide Veranstaltungen:
Freitag 10-12, 2-4 Uhr nur im Schloßchen selbst.

Einladung

zum Besuche der Vorträge und Nähkursstunden im
Schnittzeichnen, Zuschneiden und prakt. Anfertigen von Damen-Garderobe, Bekleidungs-Wäsche u.m.
der Firma **P. Schöhlhammer, Stutthart, Adlerstr. 10.**
Nach Beendigung des theoret. Teiles - erie Güte - erhält jede Besucherin ein Exemplar

Das Buch der Hauschneidererei
zum Preise von 60 Mk., bequeme Paternallung - 8 Mk.
Bei Vorzahlung 10% Erlass.
Auskunft und Anmeldung bei **Herrmann, Karlsruhe, Eisenweinstr. 40, 9. St., portiere.** 7761

Gesucht
zum baldigen Eintritt eine erfahrene, geschäftsgewandte

erste Verläuferin
für Verkauf, Lager und Kasse. Bewerbungen mit Zeugnisse, Lebenslauf und Gehaltsanprüchen an
Konjunktur in für Bruchsal u. Umgebung
e. G. m. b. H. 7762

Zeit dänischen Kautabak

per Stange Mk. 1.05
per 24 St. in 4.50

offert in beliebiger Stärke - jedes Quantum -
Richard Dörre, Stettin
Wohlfahrte 30, 7762
Mindestabgabe 20 Stangen
oder 5 Bäckchen. Wieder-
verkäufer hoher Rabatt.

Billig zu verkaufen
gute Bettfedern, Post, neu-
bezogenes Kollier 120 Mk.
dänischen 110 Mk., harter
Kollier 100, Sofa wie neu,
Großbaterstuhl. 7762

Eisenstraße 12, Hof
Berkstatt 2. n. d. 2-6 Uhr.

Felle und Häute

aller Art, sowie Rohhaare
kauft 7066
Feuerstein, Hasanenstr. 26,
Tel. e. n. 8181.

Billige Musikalien

Soweit Vorrat **Versand nach auswärtis** Soweit Vorrat

Jeder Band 2.75 Mk.

Abt-Album , Ausgewählte Lieder Beethoven, Ausgewählte Sonaten.	Mozart , Ausgewählte Sonaten.
Chopin , Polonaisen, Walzer usw.	Schubert , 42 ausgewählte Lieder.
Loewe-Album , 20 ausgew. Lieder und Balladen.	Schumann , 37 ausgewählte Lieder und Balladen.
Liszt , Rhapsodien-Album.	Rich. Wagner , Gesang-Album.
Mendelssohn , Lieder ohne Worte.	" " Ouverturen-Album.
Tanz-Album , 32 ausgewählte und beliebte Tänze.	" " Album in leichter Spielart.
	Der Walzerkönig , 82 bel. Walzer.

in Wald u. Flur Volks- und Wanderlieder. 2.75
Reisen u. Knospen 25 leichte T. 2.75

Weihnachts-Album ausgewählte Weihnachtslieder für
Klavier (2- u 4-händ.) und Violina. 2.75

Carmen 14 beliebte ungekürzte Stücke aus Bizets Oper. 2.-	„Die elfte Mus.“ Eine Sammlung mod. Kabarett- u. Vortragslieder Bd. 1 u. 2 je 6.-
Musik für Alle Album Kompositionen von Beethoven, Mendelssohn u. viol. anderen 2.40	Richard Wagners Tondramen Klavier-Ausgabe in gut. Leinen- Einband. 12.25, 11.40, 6.75
Gitarr-Album Eine Sammlung von 27 der be- liebtesten Operett-, Melodien 3.25	Rekord-Album, Illust. Die neuesten Operetten und andere Schlager. 7.80

Deutsche Musik-Sammlung ca. 500 der besten deutschen
Kompositionen. jede Nr. 0.50
Ausführliches Verzeichnis auf Wunsch kostenlos.
Neu erschienen: 7764

Sang und Klang, Bd. 8. Erstes u. Letztes aus dem Reich der Töne.
Perlen der Musik Bd. 2. Neueste Operettenschlager, Operamusik
und Tänze. 11.-

Ständig grosse Auswahl mod. **Tanznoten und Operetten-Schlager.**

Geschw. KNOFF

Schirme
werden gut und billi-
garant. Neu Schirme
billig. 7191
Preis, Engländer, 14.
gegenüber der Hofstraße.

**Ständeschein-Anzeige
der Stadt Karlsruhe**
Geburten: **Gertrud Marg-
arete, Vater Emil Fels.**
Maim. Helmut, Vater Ferd.
Kirschhäg, Strohenbahn-
schaffner, Maria Hilba, B.
Edm. Braun, Päd. 2. n. o.
Vater Jakob Keller, Stadtr.
arg über Hilba Anna Vater
Wilk. Müller, Kaufmann.
Vater Friedrich, W. Wilh.
Zinn, Schneider, Ludwig,
Vater Oskar F. o. n. a. r.
Ludwig, Glumt, Vater
H. Oer. nach, Vater Mar-
garete, W. Ernst, eer. n. o. u.
Robert Emil, Vater Franz
Miser, Buchhalter, Mar-
gar. te, Vater Gust. Ste-
bach, Schlosser, Helene,
Vater Wilh. Cro. n. o. l. Vater
Todesfälle: Franz, at
27 Jahre Vater Carl Böner,
Schreiner, Karl Friedrich,
alt 87 Jahre, Witwe des
Lebhard Peter Friedrich
Georg Zimmermann, Ch-
mann, Registrator, alt 58 J.
Hermann Schütz, Oe. n. n. o.,
alt 70 Jahre, Vater,
alt 13 Jahr 10 Monate 4 Tage,
Vater Alfred Neugebauer,
Buchbindermeister.

Trinken Dr. Detter's Tee

deutscher Herkunft

Nach Art des in China
üblichen Verfahrens
aus deutschen Blättern
hergestellt und ein
vorzüglicher
Tee-Ersatz u. Tee-Zusatz

Er schmeckt ähnlich wie chinesischer Tee!

Kaufe und Verkaufe
fortwährend

getragene Herren- u. Damenbekleidungs-
stücke, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Uhren,
Reisezeuge, Ferngläser, Musikinstrumente
Gold, Silber, Brillanten, Möbel aller Art
Nähmaschinen, Kinderwagen
u. s. w.

Gen. Angebote erbittet:
Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstrasse 52. Tel. 8747. 7766

Gänselebern Gänselebern

werden fortwährend an-
gekauft 7719
R. Wölfer, Kreuzstraße 20.

werden fortwährend an-
gekauft 7760
**G. Weich, geb. Stürmer,
Erzbrunnstr. 21, 11.**

Offenburger Anzeigen.
Sozialdem. Partei Offenburg

beranfaßt am Sonntag, den 9. November 1919,
nachmittags 4 Uhr im „Dreifüßigsaal“ eine

Gedenk-Feier
der deutschen Revolution.

Mitwirkende:
Herr **Schliffker jun.** (Bloline), Gesang-Verein
„Germania“, Mandolinen- und Gitarren-
Verein Offenburg, Künstler-Orchester „Jung“.

Festrede.

Eintritt 50 Pfennig. Einführung gestattet.
Von 8 Uhr an Tanz. 7773

Zu zahlreichem Besuche ladet ein **Der Vorstand.**

Einladung.

Die verehr. Mitglieder des Bürgerausschusses
werden zu einer Sitzung am
Montag, den 10. November 1919,
nachmittags 1 1/2 Uhr

in den Bürgeraal erbeten eingeladen.
Tages-Ordnung:

1. Abstufung einer Parzelle des Stadtwaldes.
2. Erweiterung des Röntgen-Instituts im Krankenhaus.
3. Entbindungskommision im städt. Krankenhaus.
4. Genehmigung einer monatlichen Steuerzulage an die Haushälter.
5. Hinweis für die Sport-Platz.
6. Instandsetzung des Sitzungszimmers des Stadtrats.
7. Erwerbung des Dreifüßigen Anwesens.
Offenburg, den 4. November 1919.
Der Oberbürgermeister. 7771

Reisegesellige Unterstüzung

soweit solche noch zuständig ist, kommt am
Donnerstag, den 6. November 1919,
nachmittags von 2-5 Uhr neben dem Bürgeramte,
Kornstraße 2, gegen Vorzeigen der Ausweise für die
erste Hälfte November zur Auszahlung. 7768
Offenburg, den 5. November 1919.
Stadtkasse.

Umlagen.

Am 1. November ist das letzte Viertel der Um-
lagen für 1919 fällig geworden und bis längstens 14.
November zu bezahlen. 7761

Mit Rücksicht auf den herannahenden Jahresab-
schluß müssen wir sofort nach Ablauf der Zahlungsfrist
mit dem Verteilungsverfahren beginnen. Wir bitten
im beiderseitigen Interesse deshalb die verehr. Zah-
lungspflichtigen dringend, ihre Schuldigkeiten recht-
zeitig zu begleichen.

Von dieser Mahnung betroffen werden auch die
Schuldigkeiten für Umlage-Nachträge.
Offenburg, den 4. November 1919.
Stadtkasse.

Mahnung.

Wir erinnern die Zahlungspflichtigen hiermit an
Begleichung der auf Martini fällig werdenden Be-
träge für: 7765

**Bachzinsf., Getr. und Schmiedar., Holz,
Zirkusgras, Obst usw.**

Nach Ablauf der Zahlungsfrist muß das Voll-
streckungsverfahren des Jahresabchlusses wegen durch-
geführt werden.
Offenburg, den 4. November 1919.
Stadtkasse.

**Aus der Sitzung der Kommission für Woh-
nungen vom 31. Oktober 1919.**

Beisitzern wurden durch Abstimmen von zu
proben Wohnungen: 7767

1 Einzelzimmer
1 Zweizimmerwohnung
1 Dreizimmerwohnung.

Rüben müssen noch eingebaut werden.
Stadt. Wohnungsamt Offenburg.

COLOSSEUM

Meth's Bauern-Theater

Beginn der Abendvorstellungen
ab heute

7 1/2 Uhr

Vorverkauf täglich vorm. von 10-12 1/2 Uhr
im Colosseumbüro. 7769